Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungern 9.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 189. | Dresden, Montag den 18. August 1919. | 30. Jahrg.

Streikentspannung in Schlesien.

Aufnahme der Arbeit in Oberschlesien.

Bis heute war die Lage im oberschlesischen Bergarbeiterstreik noch dieselbe, doch wird für heute Montag mit einem Zusammenbruch des Streiks gerechnet. Die Verkündigung des Arbeitszwanges steht für heute bevor. Den Bergleuten ist mitgeteilt worden, daß gegen alle Streikenden, die heute die Arbeit nicht aufnehmen, die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden. Von den Laurahütter Gruben fangen heute 60 bis 70 Prozent der Belegschaften an. Der Kruglschacht in Königshütte hat beschlossen, heute vollzählig einzufahren. Im Rybniker Revier wurde die Beteiligung am Streik bisher gänzlich abgelehnt. Der Eisenbahnverkehr, Licht- und Kraftlieferungen sind seit Sonnabend abend wieder völlig im Gange.

Wie bereits gemeldet, sind die Oberschlesischen Elektrizitätswerke durch Truppen der 3. Marinebrigade wieder in Betrieb gesetzt worden. Das Pionierbatnillon Bornemann hat die Gottessegengrube in Antonienhütte besetzt. Dort sind die großen Wasserwerke, von deren Betrieb die Erhaltung oder das Versaufen der ganzen umliegenden Grubenanlagen abhängen. Auch hier wird die Arbeit aufrechterhalten.

Es finden sich auch hier und da schon eine, wenn allerdings auch kleine Zahl Arbeitswilliger, die unter dem Schutze des Militärs arbeitet. Gegen die Streikposten und Streikhetzer wird von der Truppe eingeschritten. Daneben hält das Militär weiter Ruhe un Ordnung aufrecht.

Es haben Verhandlungen mit den Arbeitern der Elektrizitätswerke stattgefunden, mit dem Erfolg, daß heute Montag frü die Arbeit in beiden Zentralen, Zaborze und Chorzow, wieder aufgenommen wird. Das Militär rückt zum großen Teil wieder ab. Ein kleiner Teil nur bleibt zum Schutz des Betriebes da

Blutige Ausschreitungen.

In Myslowitz ist es, wie bereits gemeldet, Sonnabend vormittag zu einer blutigen Schießerei gekommen. 2000 Bergleute der Myslowitzer Grube waren zum Empfang der Löhne versammelt. Die Grubenverwaltung verlangte, das je 30 Mann den Lohn in Empfang nehmen sollten. Darauf stürmten die Bergleute das Verwaltungsgebäude. Als eine Militärabteilung die Ordnung wieder herzustellen suchte, fiel ein Schuß auf das Militär und verwundete einen Soldaten. Nach zweimaliger Aufforderung, auseinanderzugehen, gab das Militär Feuer und tötete vier Personen. Zwei der Verwundeten sind später noch gestorben.

Ergebnislose Verhandlungen in Hamburg.

Die am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium gepflogenen Verhandlungen im Bankgewerbe sind ohne eine Einigung verlaufen. Nachdem beide Parteien die Lage dargestellt hatten, wobei die Vertreter der Hamburger Bankleitungen nochmals betonten, daß die Banken nicht in der Lage seien, die Forderungen zu bewilligen, die Arbeitnehmer aber ebenfalls erklärten, daß die Angestellten angesichts ihrer wirtschaftlichen Notlage nicht von ihren Bedingungen abweichen könnten, machte der Vorsitzende einen Vermittlungsvorschlag. Dieser Vermittlungsvorschlag wurde von den Vertretern der Streikleitung angenommen, während die Bankvertreter ihn ablehnten. Der Verhandlungsleiter machte beiden Parteien schließlich den Vorschlag, am kommenden Dienstag die Streitfragen einem im Reichsarbeitsministerium zusammentretenden Schlichtungsausschuß zu unterbreiten, der dann ein endgültiges Urteil fällen wird. — Die Forderungen der Berliner Bankbeamten wurden nicht verhandelt.

Eine stark besuchte Versammlung der Bankangestellten nahm Sonntag den eingehenden Bericht von zwei Vertretern der Streikleitung, die an den Berliner Verhandlungen teilgenommen haben, entgegen und beharrte auf dem Beschluß, den Streik weiter fortzuführen. Der Sympathiestreik der andern Angestelltenverbände scheint keine Aussicht auf Erfolg zu haben. Es ist jetzt offen davon die Rede, daß ein Teil der Bankangestellten die Tätigkeit wieder aufnehmen will, ungeachtet des Beschlusses, weiter zu streiken.

Straßenbahnerstreik in Kassel.

In dem in Kassel ausgebrochenen Straßenbahnerstreik ist es trotz der sofort angebahnten Verhandlungen bis jetzt zu keiner Einigung gekommen. Die Straßenbahner bleiben nach wie vor auf der Forderung bestehen, daß ein Direktor, der sich mißliebig gemacht hat, abgesetzt wird. Die Metallarbeiter drohen mit einem Sympathiestreik. Für Montag hat die Direktion der Straßenbahn eine Aufsichtsratssitzung einberufen, in der über die weitere Haltung der Direktion Beschluß gefaßt werden soll.

Neue Fürsorge für Mutter und Kind.

Von Luise Schroeder, M. d. N.

Von allen Seiten ertönt mit Recht der Ruf nach Schaffung eines Ersatzes für die infolge der Demobilisation des Heeres und der Aufhebung des Hilfsdienstes mehr und mehr erloschene Kriegswochenhilfe. Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich deshalb seit Wochen mit dieser Frage beschäftigt und nunmehr beschlossen, in der Nationalversammlung einen dahingehenden Initiativantrag einzubringen. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß das hierdurch der Nationalversammlung vorgelegte Gesetz Annahme finden wird, da das Zentrum sich nachträglich unserem Antrage angeschlossen hat.

Hierdurch wird die Wochenhilfe der Krankenversicherung angegliedert. Es ist vorgeschlagen, den versicherten Wöchnerinnen:

1. Einen einmaligen Betrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 50 M.;
2. ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes für acht Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen;
3. eine Beihilfe bis zum Betrage von 10 M. für Hebammendienste und ärztliche Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden;
4. ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes für zwölf Wochen zu gewähren.

Die gleichen Leistungen erhalten die versicherungsfreien Familienmitglieder der Versicherten, wobei das Wochengeld die Hälfte des Krankengeldes des Versicherten und das Stillgeld 75 Pf. täglich ausmacht.

Eine besonders wichtige Bestimmung ist die, daß minderbemittelten Wöchnerinnen, die von den vorstehenden Vorschriften nicht betroffen werden, also weder selbst versichert sind noch einen Anspruch aus der Versicherung eines Familienoberhauptes haben, die gleiche Wochenfürsorge zusteht. In diesem Falle sind für Wochen- und Stillgeld die Beträge der bisherigen Kriegswochenhilfe, nämlich 1,50 M. bzw. 0,75 M. täglich eingesetzt.

Es dürfte hierdurch erreicht werden, daß denjenigen Kreisen, die bisher unter die Kriegswochenhilfe fielen, auch in Zukunft die Wochenhilfe gesichert ist, wobei nicht vergessen werden darf, daß bei Annahme dieses Gesetzentwurfs eine erhebliche Verbesserung insofern eintritt, als der Entbindungskostenbeitrag von 25 M. auf 50 M. erhöht wird und, soweit selbstversicherte Wöchnerinnen in Frage kommen, Wochen- und Stillgeld in den überwiegenden Fällen erheblich höher sind. Die erstere Verbesserung kommt auch den von der Kriegswochenhilfe nicht Betroffenen zugute. Nichtsdestoweniger ist sich die Fraktion darüber klar, daß das Gesetz ein Mindestmaß dessen darstellt, was in bezug auf die Fürsorge für Mutter und Kind zu geschehen hat. Unsre alte Forderung einer weitgehenden Mutterschafts- und Familienversicherung wird dadurch nicht aufgehoben. Diese muß und wird wiederum erhoben werden, sobald an die durchgreifende Prüfung der Reichsversicherungs-Ordnung herangegangen werden kann. Inzwischen aber mußte wenigstens dafür gesorgt werden, daß das während des Krieges Erreichte nicht wieder verloren ging.

In der National-Versammlung hat vorige Woche der Minister Erzberger die ungeheure Notlage des Reiches geschildert, wonach wir — abgesehen von den Lasten des Friedensvertrages — annähernd zweihundert Milliarden Schulden haben und jährlich 25 Milliarden Mark Steuern aufbringen müssen, sollen wir nicht dem Staatsbankerott verfallen. Bei derart gen Tatsachen ist es schwer, Anforderungen für soziale Maßnahmen zu stellen und doch muß es geschehen, soll nicht auch unser letztes Kapital, die Menschenkraft, zugrunde gehen. Tiefbeunruhigend ist es nur, daß wir uns im Hinblick auf unsre völlig zerrütteten Finanzen auf das notwendigste beschränken müssen. Immerhin wird durch das eingebrachte Gesetz der großen Mehrzahl der Wöchnerinnen ein wenig ihre schwere Zeit erleichtert; während bisher durch die Krankenversicherung von 1 800 000 Geburten im Jahre 1913 rund 300 000 erfaßt wurden, werden nunmehr nur einige hunderttausend Nichtversicherte, und zwar diejenigen die auch nicht unter den Begriff „minderbemittelte" fallen, ohne Staatshilfe bleiben.

Väterchen Romanowski.

Nun hat die amerikanische Regierung dem bedrängten Koltschak ihre Hilfe zugesagt. Man hofft, daß die neue Sendung amerikanischen Kriegsmaterials nach Rußland auf die Moral der weichenden Streitkräfte Koltschaks von großem Einfluß sein wird. Verschiedenen Nachrichten zufolge soll die Macht Lenins weiter im Abnehmen begriffen sein. Die Lage in Moskau ist ernst.

Für den Fall, daß die Bolschewistenherrschaft auch in Rußland zusammenbricht, steht schon ein neuer Zar im Hinterhalt. Bei einer in Sibirien stattgehabten Zusammenkunft der russischen Monarchisten wurde die russische Krone dem Fürsten Krapotkin und auf dessen Weigerung Romanowski, einem Mitgliede der Familie Romanoff, angeboten. Romanowski erklärte sich zur Annahme bereit. Die Habsburger, die Romanoffs tauchen wieder auf. Und auch den Hohenzollern schlägt das Herz gewiß voller Erwartung, wenn sie das Treiben der U. S. P. und der Kommunisten in Deutschland verfolgen.

Rätewesen und Sozialismus.

In Berlin scheinen sich neue politische Verwicklungen anzuspinnen in deren Mittelpunkt der Kampf um das Rätesystem steht. Die unabhängigen und kommunistischen Mitglieder des Groß-Berliner Vollzugsrates bereiten eigenmächtig die Wahl von Arbeiterräten vor, während der Zentralrat bereits seinen Anspruch auf Erlaß einer einheitlichen Wahlordnung für das ganze Reich ankündigt. Im Hintergrund steht das Betriebsrätegesetz, das die ganze unstrittene Materie auf eine gesetzliche Grundlage stellen will.

Die Kommunisten preisen das Rätesystem als den Hebel, mit dessen Hilfe die kapitalistische Gesellschaft im Handumdrehen aus den Angeln gehoben werden soll. Solche Ueberschätzungen einseitiger Rezepte sind demjenigen nicht fremd, der von der Geschichte des Sozialismus einiges gehört hat. Er erinnert sich an die Fourieristen, die das Phalanstère als die zu schaffende Keimzelle der sozialistischen Gesellschaft betrachteten, die Proudhonisten, die mit Hilfe ihrer Tauschbank den Sozialismus verwirklichen wollten, besonders aber an die Lassalleaner, die mit wildem Fanatismus auf die staatlich unterstützte Produktiv-Assoziation schworen. Auch das Gothaer Einigungsprogramm, das die Verbindung der Lassalleaner mit den Eisenachern zur sozialdemokratischen Partei anbahnte, konnte mit Rücksicht auf die Lassalleanische Zähigkeit die Produktiv-Assoziation nicht ausschalten, wie sehr auch die Eisenacher innerlich der Anerkennung dieses Allheilmittels widerstrebten.

Eine noch größere Rolle war dem Gedanken der Kommune beschieden, in dem noch 1871 viele den eigentlichen Grundgedanken des proletarischen Kampfes verkannten. Die Kommune war ein spezifisches Produkt der französischen Niederlage von 1870/71 und der besondern französischen Verhältnisse, in denen neben der Allmacht der zentralisierten Staatsbureaukratie die Kommune, auf deutsch die Gemeinde, ein schattenhaftes Dasein führte. Die Pariser Bewegung lehnte sich gegen diesen Staatszentralismus auf und bestrebte sich, den Sozialismus auf dem Boden der unabhängigen Stadtgemeinde zu verwirklichen. In diesem Sinne sollte die revolutionäre Pariser Kommune allen großen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs zum Muster dienen, „sobald die kommunale Ordnung der Dinge einmal in Paris und den Mittelpunkten zweiten Ranges eingeführt war, hätte die alte zentralisierte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Produzenten weichen müssen." (Adresse des Generalrats der ersten Internationale, Verfasser Karl Marx.) Die neue Kommunalverfassung wollte die sozialistische Selbstregierung der Produzenten verwirklichen. Mit trockenem Humor konnte Bismarck später sagen, daß das Ideal der Kommune in der preußischen Gemeindeordnung bereits verwirklicht sei. Tatsächlich hat ja diese Gemeindeordnung den Gemeinden eine stärkere Möglichkeit zu wirtschaftlicher Selbstbetätigung verliehen als die französische Staatsverfassung. Aehnlich hat in England die gemeindliche Selbstverwaltung manches Stück sozialer Teilreform in aller Stille leisten können. Die Kommune ist ein Stück Sozialismus, aber nicht der ganze.

Das Rätewesen ist nun entstanden aus der russischen Niederlage und den besondern Verhältnissen Rußlands, die eine starke Gewerkschaftsbewegung wie in England oder Deutschland nicht konnten. Die Einführung der Rätediktatur war dann ein Hilfsmittel, zu dem die Bolschewiki griffen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß sie auf den auch von ihnen zuerst betretenem Wege der parlamentarischen Demokratie ihre Alleinherrschaft nicht verwirklichen konnten.

Was aus den besondern russischen Verhältnissen und Nöten entstand, kann nicht für die ganze Welt, in der doch die Dinge anders und ziemlich verschieden liegen, das Allheilmittel sein. Mit dem Rätesystem wird es daher ebenso gehen wie mit dem System der Kommune: sein gesunder, allgemein gültiger Kern wird bleiben, die Idee aber, daß mit ihm sozusagen der sozialistische Stein der Weisen entdeckt sei, wird später allgemein als eine Modekrankheit erkannt werden.

Der Gedanke, daß der Sozialismus nicht allein durch die Allmacht der staatlichen und gemeindlichen Verwaltung zu verwirklichen ist, sondern daß dazu die Mitarbeit wirtschaftlicher Selbstverwaltungen immer notwendig sei, ist nicht neu. Daß in diesen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern die schaffende Arbeit und nicht das ausbeutende Kapital das entscheidende Wort zu sprechen hat, ist für den Sozialisten selbstverständlich. Der Kampf der Arbeiterausschüsse, Arbeiter- oder Arbeitskammern wurde im wirtschaftlich fortgeschrittenen Deutschland schon geführt, noch ehe man in Rußland an ihn dachte. Wir haben daher nicht nötig, den ziemlich wirren russischen Bauplan nachzumachen, sondern können an dem, was bei uns in organischem Werden ist, weiterbauen.

Das Rätesystem ist nicht dazu berufen, die Welt mit einem Schlage zu erlösen, und am allerwenigsten hat es in Rußland und Ungarn diesen Beruf erwiesen. Es ist kein umfassendes sozialistisches System, sondern ein sozialistischer Teilgedanke, der, auf sein richtiges Maß gebracht, ein Element einer künftigen harmonischen Neuordnung der Gesellschaft

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190818/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG